

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss MA, Wolfgang Seidl und Veronika Matiasek betreffend „finanzielle Anerkennung der häuslichen Pflege“, eingebracht in der Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport im Rahmen der Debatte zum Doppelbudget 2022/2023 am 30. November 2021 zu Post 1

Laufend kommt es zu Warnungen vor einem deutlichen Anstieg der Pflegebedürftigen in den kommenden Jahren. In den nächsten Jahren werde es rund 10.000 Pflegebedürftige mehr pro Jahr geben. Das bedeute jährlich einen Bedarf von etwa 1.500 zusätzlichen Heimplätzen, 1.000 zusätzlichen Pflege- und Betreuungskräften, 1.000 zusätzlichen Personenbetreuern und rund 150 Millionen Euro Mehrkosten. Grund für den Anstieg sei, dass die starken Geburtenjahrgänge vom Ende der 1930er Jahre nun ins Pflegealter kommen würden, sagte Franz Kolland, Professor für Soziologie an der Uni Wien. Für die nächsten 30 Jahre sei mit einer konstanten Steigerung der Pflegebedürftigkeit zu rechnen, und das österreichische Pflegesystem werde schon in Kürze mit dem Nachrücken der geburtenstarken Jahrgänge überlastet sein. Besonders im Ballungsraum Wien wird sich die Situation aufgrund der Überalterung verschärfen. Die Finanzierung der Pflege ist längst überfällig, einer Neuregelung müsse umgehend erfolgen. Es bedarf einer neuen Bund-Länder Vereinbarung mit klarer Aufgabenteilung und österreichweit vergleichbaren Rahmenbedingungen. 2011 und 2014 wurde der Zugang zum Pflegegeld massiv erschwert, was de facto einer Kürzung entspricht. Das Pflegegeld weist seit seiner Einführung vor über 20 Jahren wegen fehlender Inflationsanpassungen bereits einen realen Verlust von mehr als 30 Prozent auf. Um die Zukunft des österreichischen Pflegewesens zu sichern bedarf es daher entsprechender Rahmenbedingungen. Die jährliche Wertanpassung des Pflegegeldes an die Inflation seit 2020 ist bei weitem nicht ausreichend, macht den Wertverlust der letzten Jahrzehnte nicht wett, zumal die Inflation derzeit extrem hoch ist. Pflegebedürftige, die daheim betreut und gepflegt werden, sollen um 50 Prozent mehr Pflegegeld in allen Pflegestufen ab Stufe 3 erhalten.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

B e s c h l u s s a n t r a g

Die Bundesregierung, insbesondere der Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz wird aufgefordert, Pflegebedürftigen, die daheim betreut und gepflegt werden, das Pflegegeld ab Stufe 3 um 50 Prozent zu erhöhen. Weiters soll der Zuschlag beim Pflegegeld für Demenzzranke von 25 Stunden auf 30 Stunden erhöht werden, wenn zuhause gepflegt wird.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.





